

**PRESSE-
KONFERENZ**

31. März 2025

ÜBERSTUNDEN: STOPP DEM LOHNRAUB!

**Jede 4. Mehr- und Überstunde nicht abgegolten - AK fordert
strengere Strafen und mehr Kontrollen**

RENATE ANDERL

Präsidentin AK Wien

INES STILLING

Bereichsleiterin Soziales AK Wien



Milliardenschwere Überstunden – doppelter Verlust

Knapp 169 Millionen Mehr- und Überstunden haben Österreichs Beschäftigte 2024 geleistet. Allerdings haben Betriebe 42,3 Millionen davon nicht vergütet. „Das heißt: Sie wurden weder in Geld noch in Zeit abgegolten“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl. Den Arbeitnehmer:innen und dem Staat entgingen so in Summe rund 2,3 (!) Milliarden Euro. „Das ist doppelt bitter, weil dieses Geld für den privaten Konsum fehlt, den wir jetzt für die Ankurbelung der schwachen Konjunktur so dringend brauchen. Aber auch dem Staat entgehen Einnahmen, die angesichts der budgetären Lage dringend benötigt würden“, so Anderl. Sie fordert jetzt rasch Maßnahmen, um dem Lohnraub und den negativen Folgen für die Arbeitnehmer:innen, den Konsum und das Budget Einhalt zu gebieten.

Die kürzlich von der Statistik Austria veröffentlichten Zahlen zur Arbeitszeit zeigen erneut die enorme Arbeitsbereitschaft der Beschäftigten in Österreich. In Summe haben sie 2024 exakt 168,9 Millionen Überstunden geleistet. „Das ist gegenüber 2023 zwar ein Rückgang von rund sieben Prozent, allerdings bleibt ein großer Wermutstropfen: Denn 42,3 Millionen dieser Mehr- und Überstunden haben die Betriebe den Arbeitnehmer:innen nicht abgegolten – weder in Zeit noch in Geld. Und das ist immerhin jede 4. Überstunde, sagt Ines Stilling, Bereichsleiterin Soziales in der AK Wien. „Die Zahlen zeigen deutlich: Die Zahlungsmoral der Arbeitgeber:innen sinkt, wenn es um Mehrleistung in Form von Mehrarbeit oder Überstunden geht.“ Haben Betriebe 2020 von 216,3 Millionen Mehr- und Überstunden 30,2 Millionen nicht bezahlt (14 Prozent), 2021 von 190,6 Millionen 40,6 Millionen (21 Prozent) sind es jetzt bereits 25 Prozent aller Mehr- und Überstunden, die nicht abgegolten werden.

Was von wem wo geleistet wird

Zwei Drittel der Mehr- und Überstunden werden von Männern geleistet. „23 Prozent bekamen sie im Vorjahr nicht abgegolten“, erklärt Stilling. Bei den Frauen, auf die ein Drittel der geleisteten Überstunden entfällt, ist die Zahlungsmoral bei den Unternehmen noch schlechter. Dazu Stilling: „Frauen haben für fast jede 3. Mehr- und Überstunde keine Abgeltung erhalten. Da braucht man sich über einen Gender Pay Gap von 18 Prozent nicht wundern.“

Betrachtet man die Statistik nach beruflicher Stellung, erbrachten Angestellte und freie Dienstnehmer:innen rund 63 Prozent der Mehr- und Überstunden, Beamte:innen und Vertragsbedienstete rund 19 Prozent und Arbeiter:innen knapp 18 Prozent.

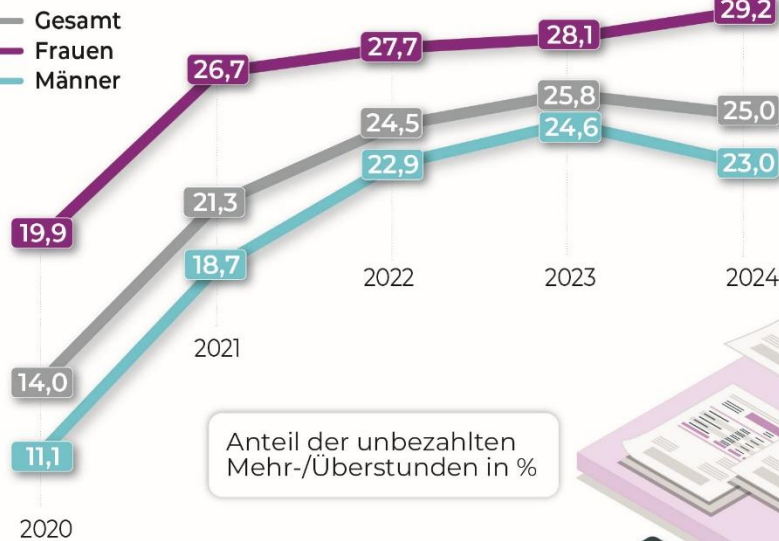
„Weiters haben wir die statistischen Daten nach dem Grad der Bildung gefiltert. Dabei zeigt sich, dass ein Drittel der Überstunden Menschen erbracht haben, die Absolvent:innen von Fachhochschulen oder Universitäten sind, knapp 29 Prozent von Personen, die eine Lehre abgeschlossen haben – das sind die beiden Gruppen mit dem höchsten prozentuellen Anteil“, so Stilling.

„Dass unbezahlte Überstunden ein großes Problem für die Beschäftigten sind, können wir aufgrund der täglichen Erfahrung in unserer arbeitsrechtlichen Beratung bestätigen“, so Stilling weiter. Denn gemeinsam mit dem Thema „kein oder unvollständig bezahlter Lohn“ gehören nicht oder nicht korrekt bezahlte Überstunden zu den Dauerbrennern.

ÜBERSTUNDEN

Jede 4. Stunde Mehrarbeit bleibt unbezahlt

— Gesamt
— Frauen
— Männer



...bei Frauen bereits beinahe jede 3. Stunde

Anteil der unbezahlten Mehr-/Überstunden in %

Quelle: Statistik Austria.



Zwei Beispiele

Fall 1: Überstunden-Pfusch am Bau

Ein Bauarbeiter hatte in einem Zeitraum von nur vier Monaten 242 Mehr- und Überstunden geleistet – das entspricht einer Normalarbeitszeit von mehr als sechs Wochen. Diese vielen Stunden wurden dem Bauarbeiter aber von seinem Arbeitgeber nicht abgegolten. Wert dieser Stunden: mehr als 5.000 Euro! Der Arbeitnehmer führte während seines Dienstverhältnisses selbst authentische Arbeitszeitaufzeichnungen über die geleisteten Stunden, die zudem auch vom Polier der Auftraggeber-Firma bestätigt wurden. Der Fall ging mit Hilfe der AK vor Gericht, wurde gewonnen und auch vom Oberlandesgericht bestätigt.

Fall 2: Keine gute Werbung

Regelmäßig leistete ein Online Marketing-Manager Mehr- und Überstunden. Seine Arbeitszeiten erfasste der Dienstnehmer über das Arbeitszeiterfassungssystem des Arbeitgebers. Am Ende des Dienstverhältnisses hatte der Online Marketing-Manager – bereinigt um Pausen – satte 268 Stunden offen, die vom Arbeitgeber einfach nicht bezahlt worden waren. Wert: 8.000 Euro! Der Arbeitnehmer wandte sich an die AK, diese half mittels Prozessführung und gewann. Dem Mann wurde in erster Instanz rechtskräftig die gesamte Höhe von 8.000 Euro zugesprochen.

„Anhand dieser beiden Beispiele sieht man deutlich, wie wichtig es ist, sich im Falle unbezahlter Mehr- und Überstunden auch rechtzeitig an die AK zu wenden“, sagt Stilling. Denn nicht bezahlte Ansprüche verjähren grundsätzlich nach drei Jahren. „Allerdings gibt es in vielen Arbeitsverträgen Verfallsklauseln. Dann kann es passieren, dass geleistete, aber nicht bezahlte Überstunden bereits nach dem Ablauf weniger Monate nicht mehr eingeklagt werden können“, sagt Stilling. Weiters empfiehlt die Bereichsleiterin dringend, Arbeitszeiten aufzuzeichnen, denn sie sind im Ernstfall ein Beweismittel vor Gericht. Stilling: „Die Arbeiterkammer bietet den

Arbeitszeitkalender an, in dem Überstunden aufgezeichnet und dann auch bewiesen werden können.“ Im Internet zu finden unter [Arbeitszeitkalender 2025 | Arbeiterkammer Wien](#)

Geld fehlt doppelt

Jene 42,3 Millionen Mehr- und Überstunden, die die Betriebe im Vorjahr nicht entlohnt haben, haben einen enormen Schaden verursacht. „Denn diese Stunden entsprechen einem Volumen von fast **2,3 Milliarden Euro**, die den Arbeitnehmer:innen als Bruttolohn vorenthalten wurden“, sagt AK Präsidentin Renate Anderl.

Diese Summe ergibt sich durch folgende Berechnung, die die Expert:innen der AK gemeinsam mit den Expert:innen des ÖGB erstellt haben: Verwendet werden die letztverfügbaren Mikrodaten aus dem Mikrozensus zum Einkommen der Beschäftigten. Jede einzelne Mehr- und Überstunde kann so mit dem dazugehörigen Stundenlohn bewertet werden, was eine exakte Berechnung des Lohnraub-Volumens ermöglicht. Das ist vor allem dann relevant, wenn die unbezahlten Mehr- und Überstunden nicht gleichmäßig über alle Beschäftigten verteilt sind, sondern eher von besserverdienenden Beschäftigten geleistet werden.

Betriebe haben Geld aber nicht nur den Beschäftigten mutwillig vorenthalten, sondern auch dem Staat. Denn der Entgang an Arbeitgeber:innen- und Arbeitnehmer:innen-Abgaben alleine in der Sozialversicherung beläuft sich auf 330 Millionen Euro (AG-Beiträge: zirka 205 Millionen Euro, AN-Beiträge: rund 125 Millionen Euro). Dazu kommt ein Entgang an Lohnsteuer von knapp 960 Millionen Euro. „Das sind hohe dreistellige Millionen-Beträge, die nun im Budget fehlen – angesichts der ohnehin schwierigen budgetären Lage und des enormen Sparbedarfs doppelt bitter“, so die AK Präsidentin. Und weiter: „In Zeiten, in denen dringend nach Einnahmen für die Staatskasse gesucht wird, sollte nicht einfach auf hunderte Millionen Euro verzichtet werden, nur weil Unternehmen ihren Beschäftigten die geleisteten Mehr- und Überstunden nicht entlohnen und so wichtige Abgaben unterschlagen“, resümiert Anderl.

„Das heißt: 1,2 Milliarden Euro nach Steuern und Abgaben fehlen den Beschäftigten nun am Konto und fehlen so auch für den Konsum“, betont Anderl. Doch gerade der private Konsum ist eine enorm wichtige Stütze für die anhaltend schwache Konjunktur. Anderl: „Das Wifo hat erst vor wenigen Tagen seine Prognose für das aktuelle Wirtschaftsjahr nach unten revidiert und erwartet mit einem BIP-Rückgang von 0,3 Prozent nun das dritte Rezessionsjahr in Folge. Die Wirtschaftsforscher haben aber auch betont, dass die Ausgaben der privaten Haushalte kräftigend wirken. Umso bitterer ist es nun, dass das Geld, das den Beschäftigten rechtlich zusteht, nicht bezahlt wurde und somit nicht investiert werden kann.“

Im Regierungsprogramm wird festgehalten, dass „alle Überstunden auch abgegolten werden müssen“. Dazu sind wichtige Maßnahmen vorgesehen, die nun rasch umgesetzt werden müssen. Die AK fordert daher:

- + Die verpflichtende Meldung der vereinbarten Arbeitszeiten bei der Anmeldung zur Sozialversicherung. Ergänzend müssen Arbeitszeiten fälschungssicher erfasst und vor nachträglichen Änderungen geschützt werden.
- + Risikoorientierter Kontrollansatz bei den Kontrollbehörden, Zurverfügungstellung des dafür notwendigen zielgerichteten Personaleinsatzes: Verstärkte Kontrollen der Arbeitszeit durch das Arbeitsinspektorat erfordern die dafür nötige Aufstockung des Personals in den Arbeitsinspektoraten.

+ Wirkungsvolle Sanktionen gegen Kontrollvereitelung und eklatante Unterentlohnung:

+ Pro geleisteter Überstunde sollen Arbeitgeber:innen einen Überstunden-Euro abführen. Der Betrag soll für Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik und des Gesundheitsschutzes eingesetzt werden.

+ Strafbzuschläge von 100 Prozent bei Vorenthaltung von Ansprüchen durch Arbeitgeber:innen.

+ Um diese Ansprüche auch sicherzustellen, müssen Verfallsfristen von Überstundenzuschlägen in Arbeitsverträgen verboten werden.

Überstunden: Stopp dem Lohnraub

Rückfragehinweis:

Michaela Lexa-Frank
Kommunikation Team Content
Center
1040, Prinz Eugen Straße 20-22
T: +43 1 50165 DW 12141
M: +43 664 8454166
E-Mail michaela.lexa@akwien.at



WIEN.ARBEITERKAMMER.AT



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN